

SYNOPSIS

Dokumentation des Ergebnisses des Begutachtungsverfahrens betreffend des NÖ Auskunftsgesetzes

Der Entwurf eines NÖ Auskunftsgesetzes wurde an nachstehende Stellen zur Begutachtung versendet:

1. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
2. alle Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung
3. Volksanwaltschaft
4. Österreichischer Gemeindebund vertreten durch den Gemeindevertreterverband der VP Niederösterreich
5. Österreichischer Gemeindebund vertreten durch den Verband sozialdemokratischer Gemeindevertreter für NÖ
6. Österreichische Städtebund – Landesgruppe NÖ
7. Rathaus St. Pölten
8. NÖ Landes-Landwirtschaftskammer
9. Wirtschaftskammer Niederösterreich
10. NÖ Landarbeiterkammer
11. Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ
12. Rechtsanwaltskammer für Niederösterreich
13. Notariatskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland
14. Verband der Gemeindevertreter der ÖVP
15. Verband der sozialdemokratischer Gemeindevertreter für NÖ
16. Landespersonalvertretung
17. Zentralbetriebsrat der NÖ Landeskrankenhäuser, Landespflege- und Pensionistenheime
18. Abteilung Landesamtsdirektion/Beratungsstelle
19. Abteilung Landesamtsdirektion/Allgemeine Verwaltung
20. Abteilung Landesamtsdirektion/Innenrevision
21. Abteilung Landesamtsdirektion/Informationstechnologie
22. Abteilung Landesamtsdirektion/Kanzleiorganisation
23. Abteilung Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst

24. Abteilung Landesamtsdirektion/Internationale, Europäische und Protokollarische Angelegenheiten
25. Abteilung Landesamtsdirektion/Rechtsbüro
26. Abteilung Landesamtsdirektion/Regierungsdienst
27. Abteilung Landesamtsdirektion/Rechnungsgruppe
28. Abteilung Landesamtsdirektion/Sekretariat
29. Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst
30. Abteilung Landesamtsdirektion/Verwaltungs- und Bildungsmanagement
31. Abteilung Landesamtsdirektion/Koordinationsdienst
32. NÖ Agrarbezirksbehörde
33. Gleichbehandlungsbeauftragte im Land NÖ
34. NÖ Umweltschutzbehörde
35. Unabhängiger Verwaltungssenat im Land NÖ
36. ARGE BH
37. NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft
38. NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft
39. Landesschulrat für Niederösterreich
40. Ämter der Landesregierungen
41. An den Landtagsklub der Volkspartei Niederösterreich
42. Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs
43. Klub Team Stronach (FRANK)
44. Freiheitlicher Klub im NÖ Landtag
45. Grüner Klub im NÖ Landtag
46. Büro LH Pröll

Zum übermittelten Gesetzesentwurf wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

1. Allgemeiner Teil:

Verband sozialdemokratischer Gemeindevertreter in NÖ:

Zum vorliegenden Entwurf wird seitens unseres Verbandes keine Stellungnahme abgegeben.

Abteilung Allgemeiner Straßendienst:

Seitens der Gruppe Straße ergeht hierzu eine Leermeldung.

ARGE BH:

Der Entwurf über die Änderung des NÖ Auskunftsgesetzes wird von der ARGE BH zustimmend zur Kenntnis genommen.

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich:

Unser Verband bedankt sich für die Übermittlung des gegenständlichen Entwurfes und gibt gleichzeitig bekannt, dass gegen die in Aussicht gestellten Änderungen keine Bedenken bestehen.

NÖ Landes-Landwirtschaftskammer:

Die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer erhebt gegen die Änderung des NÖ Auskunftsgesetzes keinen Einwand.

Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft:

Die Abteilung RU3 gibt zum übermittelten Entwurf einer Änderung des NÖ Auskunftsgesetzes eine Leermeldung ab.

Wirtschaftskammer Niederösterreich

Seitens der Wirtschaftskammer Niederösterreich ergeht KEIN EINWAND!

Abteilung Landesamtsdirektion/Beratungs- und Informationsstelle:

Im Rahmen der Bürgerbegutachtung sind bei der Beratungs- und Informationsstelle keine Stellungnahmen eingelangt.

2. Besonderer Teil:

Zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes sind keine Stellungnahmen eingelangt.